

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss)**

**zu der Unterrichtung durch die Wehrbeauftragte
– Drucksache 20/15060 –**

Jahresbericht 2024 (66. Bericht)

A. Problem

Die Wehrbeauftragte hat dem Deutschen Bundestag aufgrund von § 2 Absatz 1 des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages jährlich zu berichten. In Erfüllung dieser Verpflichtung hat die Wehrbeauftragte am 11. März 2025 dem Deutschen Bundestag ihren Jahresbericht für das Jahr 2024 vorgelegt.

B. Lösung

Kenntnisnahme der Unterrichtung und einstimmige Annahme einer EntschlieÙung.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

in Kenntnis der Unterrichtung durch die Wehrbeauftragte auf Drucksache 20/15060 folgende Entschließung anzunehmen:

- „1. Die in dem Bericht enthaltenen Empfehlungen werden – soweit sie nicht bereits erledigt sind – der Bundesregierung zur Prüfung, Erwägung und Beachtung zur Kenntnis gebracht. Die Bundesregierung wird ferner gebeten, den Jahresbericht der Wehrbeauftragten, die Stellungnahme des Bundesministeriums der Verteidigung dazu und die Ergebnisse der Beratung des Deutschen Bundestages der Truppe zugänglich zu machen.
2. Der Deutsche Bundestag dankt der ehemaligen Wehrbeauftragten sowie ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Arbeit im Berichtsjahr.
3. Die Bundesregierung wird gebeten, dem Verteidigungsausschuss bis zum 15. April 2026 über Ergebnisse und vollzogene Maßnahmen zu berichten.“

Berlin, den 15. Oktober 2025

Der Verteidigungsausschuss

Thomas Röwekamp
Vorsitzender

Vivian Tauschwitz
Berichterstatte^rin

Hannes Gnauck
Berichterstatte^r

Falko Droßmann
Berichterstatte^r

Sara Nanni
Berichterstatte^rin

Desiree Becker
Berichterstatte^rin

Bericht der Abgeordneten Vivian Tauschwitz, Hannes Gnauck, Falko Droßmann, Sara Nanni und Desiree Becker

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Unterrichtung durch die Wehrbeauftragte auf **Drucksache 20/15060** in seiner 6. Sitzung am 21. Mai 2025 beraten und gemäß § 114 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages dem Verteidigungsausschuss zur federführenden Beratung und dem Ausschuss für Sport und Ehrenamt, dem Haushaltsausschuss, dem Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit und dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Sport und Ehrenamt** hat die Vorlage in seiner 10. Sitzung am 15. Oktober 2025 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage in seiner 19. Sitzung am 15. Oktober 2025 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat die Vorlage in seiner 15. Sitzung am 15. Oktober 2025 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage in seiner 7. Sitzung am 15. Oktober 2025 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Verteidigungsausschuss hat den Jahresbericht unter Einbeziehung der Stellungnahme des Bundesministeriums der Verteidigung vom 7. Juli 2025 in seiner 10. Sitzung am 15. Oktober 2025 beraten.

Im Ergebnis empfiehlt er mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke in Kenntnis der Unterrichtung durch die Wehrbeauftragte die in der Beschlussempfehlung wiedergegebene Entschließung anzunehmen.

Die **CDU/CSU-Fraktion** dankte der ehemaligen Wehrbeauftragten sowie ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für den Bericht und verzichtete auf einen Redebeitrag.

Die **AfD-Fraktion** schloss sich dem Dank an die vormalige Wehrbeauftragte und ihr Haus an. Sie nahm Bezug auf Zahlen in der Stellungnahme des BMVg, nach denen eine große Lücke zwischen den gesundheitlich als geeignet beurteilten Bewerbern und den tatsächlichen Einstellungen klaffe, und informierte sich nach den Hintergründen hierfür. Zudem erkundigte sie sich nach dem Stand der Digitalisierung des Bewerbungsprozesses.

Die **SPD-Fraktion** äußerte ebenfalls ihren Dank an die Vorgängerin der Wehrbeauftragten und bemängelte, dass die im Jahresbericht aufgezeigten Missstände durch das BMVg in seiner Stellungnahme nicht ernst genug genommen würden. Es sei eine zentrale Aufgabe des BMVg, die durch das Amt der Wehrbeauftragten dargestellten Mängel abzustellen und nicht in einer sich selbst verteidigenden Haltung zu verharren.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** sprach auch ihren Dank aus und nahm Bezug auf das interne Meldesystem zur Inneren und Sozialen Lage in Bezug auf das Thema „Diversity“. Den Meldungen hierzu sei zu entnehmen, dass sich die Bundeswehr immer noch schwer mit diesem Thema tue und zu wenig mit den Betroffenen ins Gespräch komme. Auch bemängelte sie die geplante Handreichung zum Selbstbestimmungsgesetz, was ein Ansteigen von Eingaben erwarten lasse. Daher rege man hier eine Überarbeitung an. Zudem erkundigte sie sich nach dem Stand der Dunkelfeldstudie zu sexualisiertem Fehlverhalten.

Die **Fraktion Die Linke** schloss sich ebenfalls den Dankeswünschen an und verzichtete auf einen Redebeitrag.

Berlin, den 15. Oktober 2025

Vivian Tauschwitz
Berichterstatlerin

Hannes Gnauck
Berichterstatter

Falko Droßmann
Berichterstatter

Sara Nanni
Berichterstatlerin

Desiree Becker
Berichterstatlerin